



Das Höchstgericht ebnete den Weg für Informationszugang bei Behörden.

Amtsgeheimnis ade

Das Forum Informationsfreiheit erzwang in einem Urteil die Offenlegung von Dokumenten für Journalisten.

WIEN. Ein Höchstgerichtsurteil hat den Weg für Informationsfreiheit bei Behörden geebnet: Der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) gab in einem Urteil der Beschwerde eines Journalisten statt, der Dokumente der Stadt Wien hatte einsehen wollen, mit seinem Ansinnen aber abgewiesen wurde. Das Forum Informationsfreiheit (FOI) sprach am Montag in einer Pressekonferenz von einem „großen Schritt“ für Journalisten.

Im österreichischen Auskunftspflichtgesetz war bisher lediglich davon die Rede, dass Auskünfte erteilt werden müssen. Die Verpflichtung, auch Zugang zu *Dokumenten* zu gewähren, fehlte jedoch. Der Journalist und FOI-Vorstand Markus Hametner hatte dies in mehreren Fällen versucht, zuletzt bei

der Stadt Wien. Mit seiner Anfrage, Einblick in Dokumente zu Einsparungsmaßnahmen zu bekommen, war er bei den Verwaltungsbehörden zuerst abgeblitzt. Auch ein erstinstanzliches Urteil ging für den Journalisten negativ aus. Daraufhin wandte sich Hametner an den VwGH – und bekam Recht: Laut dem Höchstgericht ist der Zugang für „Watchdogs“ – also Journalisten,

Meinungsbildner, Blogger und NGOs – geboten. Sollten gewisse Informationen in den Unterlagen private oder geschäftliche Rechte verletzen, müssen diese nach dem Urteil geschwärzt werden, womit zumindest ein teilweiser Zugang gesichert ist.

Transparenzgesetz

Auch in einem weiteren, ähnlichen Fall hat FOI-Vertreter Hametner vor einem Höchstgericht gewonnen: Das Land Niederösterreich muss die Regierungsbeschlüsse für die Förderung der „Dr. Erwin Pröll Privatstiftung“ offenlegen. Auch hier war der Weg zur Durchsetzung ähnlich, die dortigen Behörden hatten zunächst eine Auskunft verweigert. Das Landesverwaltungsgericht entschied im Sinne der Beschwerdesteller.

„Das Recht auf Informationszugang ermöglicht es uns, Informationen zu bekommen, die die Politik nicht herausgeben will“, kommentierte FOI-Generalsekretär Mathias Huter den VwGH-Entscheid. Er sieht darin eine neue rechtliche Situation für Journalisten, fordert die Regierung aber auch dazu auf, das schon lang angekündigte Transparenzgesetz und den Fall des Amtsgeheimnisses endlich durchzusetzen. (APA)

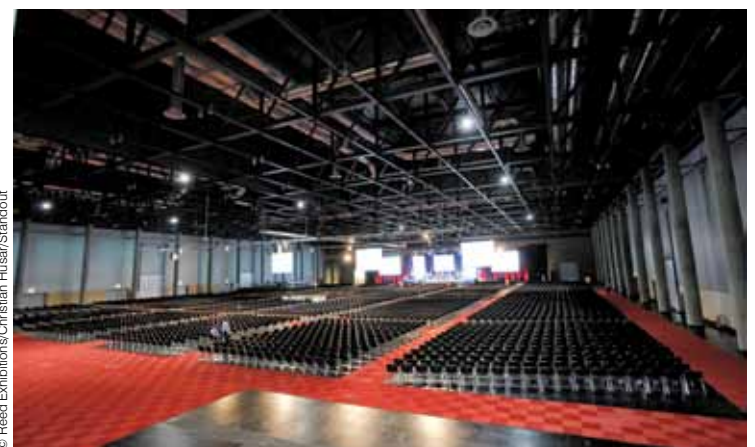
45 Jahre Full Service

Standout startete als Start-up im Messebau.

SALZBURG. Was vor 45 Jahren (1973) in Salzburg als Start-up im Messebau mit zwei Mitarbeitern begann, präsentiert sich heute als Österreichs branchenführendes Unternehmen, das zu den Top 20 in Europa zählt. Der Name ist Programm: „Stand-out or stay invisible“ lautet die Devise des Technik-Tochterunternehmens von Reed Exhibitions Österreich GmbH. Von der Zent-

rality in Salzburg und Niederlassungen in Wien, Wels und Düsseldorf aus betreut Standout als technischer Full Service-Dienstleister jährlich mit insgesamt 175 Mitarbeitern europaweit mehr als 8.000 Kunden auf rund 500 Veranstaltungen; dabei ist man für Kunden wie General Motors, Brau Union Österreich AG oder Toyota tätig. (red)

www.standout.eu



Standout ist Full Service-Anbieter für Messen, Kongresse und Events.